



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Kinderreiche Familien umfassend unterstützen“ (Drucksache 20/4390)

Für starke Familien in einem familienfreundlichen Schleswig-Holstein – Mehrkindfamilien, Alleinerziehende und armutsbetroffene Familien weiterhin im Blick behalten

Der Landtag wolle beschließen:

Familien leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, Zukunftsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt. Ob mit oder ohne Kinder, Familien sind vielfältig. Insbesondere Allein- und Getrennterziehende, Mehrkindfamilien, queere Familien, Familien mit Kindern mit Behinderung und auch Familien mit Migrationsgeschichte haben spezifische Bedürfnisse. Und so unterschiedlich Familien sind, so stehen doch viele vor ähnlichen Herausforderungen im Alltag, in der Kindererziehung, im Arbeitsleben und bei der Pflege von Angehörigen.

Gute Familienpolitik wird dieser Vielfalt gerecht, erkennt die Leistung von Familien an und schafft konkrete Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Ein Umfeld zu schaffen, in dem Familien in ihren vielfältigen Bedürfnissen anerkannt und entlastet werden und bestmögliche Entwicklungsbedingungen für ihre Kinder vorfinden, ist Ziel unserer Landespolitik.

Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, um sowohl Mehrkindfamilien als auch weitere Familien in besonderen Lagen, gezielt zu entlasten und ihre Teilhabe zu stärken. Dazu gehören insbesondere:

- Die Weiterentwicklung des KiTa-Systems mit dem Ziel einer verlässlichen frühkindlichen Bildung und Betreuung,
- die Fortführung der gedeckelten Elternbeiträge sowie die gesetzliche Regelung zur einheitlichen rückwirkenden Bewilligung sozialer Ermäßigung,

- die landesweit einheitliche Geschwisterermäßigungsregelung als Mindeststandard, sowohl in der Kita als auch im Ganztags,
- deutliche Erhöhung der Landesförderung des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband SH e.V. (VAMV SH) und damit Ausweitung des Beratungsangebot für Alleinerziehende,
- Ausbau inklusiverer Strukturen in Kita und Stärkung der Familienzentren durch das Programm „KiTa für Alle“,
- Teilhabeleistungen für Kinder mit Behinderungen werden umfassend im schulischen Ganztags ohne finanzielle Beteiligung der Eltern sichergestellt.
- Implementierung der Kompetenzteams Inklusion
- Einführung der Perspektiv-KiTs sowie Ausbau der Perspektiv-Schulen
- Schrittweise Einführung der frühzeitigen Kompetenzfeststellung und Förderung „Entwicklungsfokus Viereinhalb“ am Übergang Kita Grundschule
- Ausweitung des traumapädagogischen Programms TiK-SH auf Schulen
- Modellprojekt „kommunale Präventionsketten“, um insbesondere Familien mit erhöhten Armutsrisiken zu unterstützen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, Familien – und insbesondere die Bedürfnisse von Familien mit hohem Armutsrisiko wie Mehrkindfamilien, Alleinerziehende, Familien mit Kindern mit Behinderung und Familien mit Migrationshintergrund – weiterhin gut im Blick zu haben, familienfreundliche Strukturen in Schleswig-Holstein weiter auszubauen und Gewalt in Familien entgegenzuwirken.

Insbesondere bittet der Landtag die Landesregierung darum,

- familienfreundliche Strukturen in den Landesbehörden weiterzuentwickeln mit dem Ziel die Vereinbarkeit von Carearbeit mit Ausbildung und Beruf weiter zu stärken und zu ermöglichen, dass Beschäftigten während familiär bedingten Auszeiten der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert wird,
- Aufstiegschancen und Ausbildung in Teilzeit zu stärken.
- In der Sozialberichtserstattung das Thema Familien und Kinderarmut weiter zu berücksichtigen und dabei Daten zu Alleinerziehenden, Familien mit Migrationshintergrund sowie Mehrkindfamilien auszuwerten,
- sich für Erhalt und Verbesserung familienunterstützender Leistungen auf Bundesebene einzusetzen und deren Zusammenlegung zu einer zentralen Leistung mit einem Antrag, einem Formular und einmaliger Datenangabe.
- Sich dafür einzusetzen, die Ansprüche auf Elterngeld zu erhalten, eine inflationäre Anpassung der Mindest- und Höchstgrenzen zu erreichen und Kurzarbeitsmonate bei der Bemessung nicht zu berücksichtigen.
- Auf die Umsetzung des Bundesratsbeschlusses auf Initiative Schleswig-Holsteins hinzuwirken, wonach auch Pflegeeltern einen Anspruch auf Elterngeld erhalten sollen,
- bürokratische Hürden bei der Beantragung von Elterngeld (z.B. durch volldigitalen Datenaustausch mit Antragstellenden und anderen Behörden wie z.B. der Umsetzung einer automatisierten Datenabfrage bei den Standesämtern) für kürzere Bearbeitungsdauer weiter abbauen,
- im Bund auf den Aufbau eines digitalen Portals für alle Familienleistungen auf einen Blick hinzuwirken. Hierüber sollte eine gebündelte volldigitalisierte Antragsstellung mehrerer Leistungen bzw. weitere antragslose Verfahren erreicht werden können,

- sich für den Erhalt des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss einzusetzen und der hälftigen Anrechnung des Kindergeldes, wie im Fall von unterhaltsbeziehenden Elternteilen.
- Im Bereich sozialer Wohnungsbau weiterhin ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass für Familien mit unterschiedlichen Raumbedarfen – wie Ein- und Mehrkindfamilien – bezahlbarer und auch anpassungsfähiger Wohnraum geschaffen wird.

Planungen auf Bundesebene zur Einführung eines antragslosen Kindergeldes, das automatisiert ab Geburt eines Kindes ausbezahlt werden soll, begrüßt der Landtag Schleswig-Holstein ausdrücklich als einen Beitrag zur Vereinfachung von Familienleistungen.

Beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, sollte es gezielte Maßnahmen geben, um säumige Elternteile, die trotz gesetzlicher Pflicht keinen Unterhalt zahlen, stärker zu sanktionieren und deren Auskunftspflichten zu verschärfen. Für eine Zentralisierung auf Bundesebene besteht Offenheit.

Für die Gesundheit und den besseren Schutz von Familien bitten wir die Landesregierung:

- im Zuge der geplanten Landespräventionsstrategie die gesundheitliche Situation von Familie – insbesondere rund um die Geburt mit Fokus auf die ersten 1000 Tage des Lebens – sowie die besondere Lebenslage und Herausforderungen von Young Carers in den Blick zu nehmen,
- sich stetig für gute Rahmenbedingungen für eine starke Geburtshilfe mit Wahlmöglichkeiten einzusetzen, z.B. durch das Hinwirken auf den Erhalt der Perinatal Zentren oder den Ausbau hebammengeleiteter Kreißsäle,
- sich auf Bundesebene für eine stärkere Gewichtung von häuslicher Gewalt im Kontext familienrechtlicher Verfahren einzusetzen und entsprechende bundespolitischen Initiativen aktiv zu unterstützen
- die besondere Situation gleichgeschlechtlicher und nicht heteronormativer Partnerschaften u.a. im Rahmen des Landesaktionsplans Echte Vielfalt 2.0 zu berücksichtigen und vor Stigmatisierung zu schützen.

Dagmar Hildebrand
und Fraktion

Catharina Johanna Nies
und Fraktion